

KLIMA KOMPACT



Bundeskanzlerin Merkel beim Petersberg-Dialog

Rio+20 muss UN-Institutionen stärken

Internationales Wissenschaftlergremium fordert mutige Ideen für Rio2012

Jetzt oder nie! Warum Rio+20 ein Erfolg werden muss

Bericht des UN-Umweltprogramms zeigt Chancen grünen Wirtschaftens auf

Das größte Risiko ist die Beibehaltung des Status Quo

Rückenwind für den grünen Paradigmenwechsel?

Der Rio+20-Gipfel rückt mit großen Schritten näher, in die offiziellen Vorbereitungsverhandlungen kommt nach sehr zähem Beginn allmählich Schwung. Die Themen „Green Economy“ (im Kontext von Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung) und eine Stärkung der internationalen Umwelt- und Nachhaltigkeits-Architektur werden Anfang Juni 2012 im Mittelpunkt der Agenda des Gipfels in Rio de Janeiro stehen. Doch selbst wenn man nach den Erfahrungen des Klimagipfels von Kopenhagen skeptisch sein muss hinsichtlich großer Durchbrüche bei einem solchen Gipfel, bietet Rio+20 doch eine Chance, dem notwendigen entwicklungs- und klimapolitischen Paradigmenwechsel mehr Schwung zu verleihen: Die Transformation hin zu klimafreundlichen, energieeffizienteren Gesellschaften, die Zugang zu Ernährung und Wasser auch für die heute hungernden Menschen im Rahmen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und Wasserversorgung organisiert, muss als entwicklungspolitische Zukunftschance verstanden werden, nicht als Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten. In immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländern gibt es hoffnungsvolle Ansätze. Vielleicht sind sie in wenigen Jahren vielen Industrieländern weit voraus. Diese Transformation durch „Sustainable Development Goals“, wie von Kolumbien vorgeschlagen, zu begleiten und zu verstärken, könnte ein wichtiges Ergebnis des Rio+20-Gipfels sein. Noch besteht die Chance, Rio+20 zu einem Meilenstein zu machen.

Sven Harmeling und
Christoph Bals

Bundeskanzlerin Merkel beim Petersberg-Dialog

Rio+20 muss UN-Institutionen stärken

Beim Petersberger Klimadialog II, einem informellen Treffen von Umweltministern Anfang Juli in Berlin, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Rede zur internationalen Klimapolitik gehalten. Darin ging sie auch auf die Rolle von Rio+20 ein und sprach sich explizit für eine institutionelle Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP aus.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus der Rede der Bundeskanzlerin.

„Wir haben als Bundesrepublik Deutschland für den Monat Juli, in dem wir den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehaben, das Thema „Risiken des Klimawandels“ auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats gesetzt. Ich begrüße, dass UN-Generalsekretär Ban Ki-moon deutlich gemacht hat, dass er auch in seiner zweiten Amtszeit dieses Thema als eines seiner Schwerpunktthemen im Auge hat. Wir wissen: Klimawandel kennt keine Grenzen, er betrifft jedes Land. Deshalb bleibt das Ziel ein rechtlich verbindliches Abkommen, auch wenn wir wissen, wie schwer dieses Ziel zu erreichen ist. [...]

Es geht also um praktische Dinge, aber es geht auch um die ethische Verantwortung für die eine Welt. Deshalb ist es wichtig, noch einmal einen Blick auf das Jahr 2012 zu werfen. Dann findet nicht nur die nächste Klimakonferenz statt, sondern dann wird das Thema „Rio 2012“ zu diskutieren sein. Dann wird natürlich auch über all das, was seit Rio 1992 erreicht wurde, Bilanz gezogen. Ich glaube, man wird sehen, dass man vorangekommen ist, dass aber der Fortschritt an vielen Stellen doch eher eine Schnecke ist. Es gibt auch durchaus Erfreuliches, wenn ich an das Ende der Biodiversitätskonferenz im vergangenen Jahr denke. Ich glaube, 2012, also 20 Jahre nach der Konferenz von Rio, wird auch besonders sichtbar, dass das institutionelle Gefüge für nachhaltige Entwicklung weltweit noch nicht ausreichend ausgebildet ist.

UNEP und CSD brauchen eine institutionelle Stärkung. Deshalb wollen wir

gemeinsam mit der Europäischen Union eine wirksame Strukturreform in diesem Bereich. Wir glauben, dass wir eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer eigenständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen brauchen. Ich sage ganz ausdrücklich: Dies wäre auch eine Möglichkeit, endlich eine der großen UN-Organisationen auf dem afrikanischen Kontinent anzusiedeln. Ich glaube, es ist mehr als gerecht, dass das nun endlich einmal geschieht. Wir müssen die Institutionen den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen. Da gehört einfach eine Organisation, die sich mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen beschäftigt, dazu. Der hohe Anspruch der Weltkonferenzen von Rio und Johannesburg kann nur eingelöst werden, wenn Umwelt- und Klimaschutz auf einen vergleichbaren Rang mit anderen wichtigen internationalen Politikbereichen gehoben werden. Das ist meine feste Überzeugung. Hierfür sollten wir gemeinsam kämpfen. [...]

Für die langfristige Entwicklung sind internationale Abkommen von allergrößter Bedeutung. Deshalb noch einmal: Wir unterstützen Südafrika, aber das allein reicht nicht. Unterstützen Sie alle die Sache des Klimaschutzes. Versuchen Sie, sich zu Hause Gehör zu verschaffen. Ich weiß, dass im Augenblick jeder Regierungschef viel zu tun hat, viele Fragen zu lösen hat und dass viele Menschen auf der Welt im Augenblick auch viele andere Sorgen haben und fragen: Muss es jetzt auch noch der Klimaschutz sein; können wir nicht ein, zwei Jahre Pause machen? Es ist nur so, dass manche der Themen, die dann auf der Tagesordnung stehen – Desertifikation, Verstepfung, Migration und Bürgerkriege – einfach schon da sind, weil man sich nicht zeitgerecht darum gekümmert hat, sie zu verhindern.“

Quelle:

<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2011/07/2011-07-03-bk-klimadialog-berlin.html>

Internationales Wissenschaftlergremium fordert mutige Ideen für Rio2012

Jetzt oder nie! Warum Rio+20 ein Erfolg werden muss

Unter der Koordination des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik haben Wissenschaftler von elf angesehenen Institutionen aus Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Japan, Kenia, Südafrika und den USA ein Forderungspapier zum Rio+20-Gipfel erarbeitet.

Germanwatch dokumentiert Auszüge in eigener Übersetzung.

„Die internationale Gemeinschaft hat einen stabilen und umfassenden Konsens erzielt, dass die Erde ein deutlich intelligenteres und umfassenderes Modell für eine nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung benötigt. Dieses soll die „ausgeglichene Integration von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Entwicklung und Umweltschutz“ sichern, wie der letzte Beschluss der UN-Generalversammlung als Mandat für die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012 bestätigte. Darüber hinaus sollen die Vereinten Nationen eine globale Transformation in Richtung einer „green economy“ durch adäquate institutionelle Reformen unterstützen.

Ähnliche Ankündigungen wurden von Zeit zu Zeit immer wieder gemacht. Zu viele Gelegenheiten wurden seitdem verpasst, zu viele Abmachungen sind fehlgeschlagen. Armut bleibt eine ständige Herausforderung, selbst wenn die Weltwirtschaft in beeindruckenden Raten wächst. Währenddessen wird die Umwelt weiter ausgebeutet, als würde es keine Grenzen geben. Beispiellose Risiken im globalen System, aufgezeigt durch die dreifache Krise der Finanzstabilität, der Ernährungssicherheit und des Klimawandels, verdeutlichen, dass die Zeit zum Handeln gekommen ist. Rio+20 repräsentiert eine einmalige Gelegenheit ökonomische Umsichtigkeit, soziale Verantwortung und Umweltbewusstsein endgültig in Einklang zu bringen. Diese Gelegenheit darf nicht schon wieder verpasst werden! [...]

Eine „green economy“ würde den Zugang zu grünen Technologien sowie Ressourcen schonenden, intelligenten Infrastrukturen und Städten befördern.

Sie würde grüne Arbeitsplätze schaffen und Ökosystemdienstleistungen wertschätzen, während sie Armutsminderung und Gerechtigkeitsfragen als Kernthemen betrachten würde. So bietet sie rationale Perspektiven und brauchbare Instrumente sowohl für Entwicklungsländer als auch für Industrieländer, um eine nachhaltige Entwicklung in einer kohärenten Grundstruktur zu betreiben, in welcher globale Ambitionen und eine „bottom up“-Politik sich gegenseitig ermöglichen und verstärken.

Daher flehen wir unsere Regierungen an, die visionäre Idee einer „green economy“ in einen konkreten Aktionsplan umzusetzen. Auf dem Rio+20 Gipfel sollten die Politiker der Welt diesem Ereignis gerecht werden und einer „green economy“-Strategie zustimmen, welche nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung eine gleiche Gewichtung gibt. Als solche muss die Strategie stabil genug sein, um heutige und zukünftige Generationen der Erde als Ganzes zu versorgen und sie muss flexibel genug sein, um auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Landes einzugehen. [...]

Ein Jahr vor dem Ereignis rechtfertigen zwischenstaatliche Bemühungen nur schwer hohe Erwartungen [an den Rio+20-Gipfel]. Bis jetzt zeigt sich insgesamt ein Ansatz des „Weiter so!“, welcher in Ermangelung von Ambitionen und dem fehlenden Sinn für die Notwendigkeit selbstgefällig erscheint. Damit Rio+20 ein bahnbrechender Gipfel wird, müssen sowohl Einsatz als auch Geschwindigkeit im vorbereitenden Prozess dringend erhöht werden. Hier wird eine starke politische Führung gebraucht! Staats- und Regierungschefs dürfen Rio+20 nicht bloß als einen weiteren Gipfel betrachten, außer wenn sie absichtlich versuchen, das Potential von multilateralen Prozessen zu untergraben.

Zur Zeit befinden sich die Regierungen im Prozess, ein Ergebnisdokument für Rio+20 zu skizzieren. Wenn man es nicht schafft, große Ideen und mutige Aktionspläne für den aktuellen Gipfel

einzubringen, ist es geradezu entschieden, dass eine einmalige Gelegenheit verschenkt wird. Tatsächlich würde sich das Fenster für eine günstige Gelegenheit, das Rio+20 in der momentanen globalen Krise repräsentiert, voraussichtlich auf unabsehbare Zeit schließen. Verzögerungen und Inkrementalismus sind daher nicht mehr verzeihlich, wenn die sich abzeichnende Transformation der Weltwirtschaft sich an die Eigenschaften des Erdsystems anpassen muss.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu viel verlangt von unseren Regierungen zu erwarten, dass sie ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Daher appellieren wir an unsere Regierungen, den Rio+20 Gipfel zu priorisieren und sein im Konsens beschlossenes Motiv ohne weiteres Aufheben auf die inländische Agenda zu setzen. So kann den Gesellschaften ein Übergang zu einer „green economy“, mit Blick auf die spezielle Situation jedes Landes, ermöglicht werden, und die Vereinten Nationen können endlich, besonders durch die Stärkung ihrer Autorität im Bereich internationaler Umweltsteuerung, als global agierender Anwalt für nachhaltige Entwicklung auftreten. Jetzt oder nie bedeutet auch, dass es noch nicht zu spät ist - noch nicht!“

Der Bericht „Now is the time: why Rio+20 must succeed“ kan unter folgendem Link heruntergeladen werden:

[http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/MRUR-8JF9QK?OpenDocument&nav=active:Home\MRUR-8JF9QK:expand:Home](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/MRUR-8JF9QK?OpenDocument&nav=active:Home\MRUR-8JF9QK:expand:Home)

Bericht des UN-Umweltprogramms zeigt Chancen grünen Wirtschaftens auf

Das größte Risiko ist die Beibehaltung des Status Quo

Das UN-Umweltprogramm UNEP hat in Vorbereitung auf den Rio+20-Gipfel einen umfassenden Bericht mit dem Titel „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication“ vorgelegt.

Germanwatch dokumentiert Auszüge aus diesem Bericht.

„Eine Investition von nur zwei Prozent des weltweiten BIP in zehn Schlüsselsektoren ist ein wirkungsvoller Antrieb für den Übergang zu einer CO2-armen, ressourcenschonenden Weltwirtschaft. Der neue Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen macht deutlich, dass der Übergang zu einer ökologischen Marktwirtschaft zu schaffen ist, wenn bis 2050 jährlich 2 Prozent des weltweiten BIP (gegenwärtig ca. 1,3 Billionen US-Dollar) in den ökologischen Wandel folgender Schlüsselsektoren investiert werden: Landwirtschaft, Bauwesen, Energieversorgung, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus, Transportwesen, Abfall- und Wasserwirtschaft. Diese Investitionen greifen jedoch nur, wenn sie von politischen Reformen auf nationaler und internationaler Ebene begleitet werden.

Der von internationalen Experten und Institutionen aus Industrie- und

Entwicklungsländern erstellte aktuelle Bericht bestätigt, dass Wachstum und nachhaltiger Umweltschutz in einer ökologischen Marktwirtschaft nicht im Widerspruch zueinander stehen. Im Gegenteil entstehen in einer ökologischen Marktwirtschaft Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Fortschritt, während Abwärtsrisiken wie die Folgen des Klimawandels, zunehmende Wasserknappheit und der Verlust von Leistungen der Ökosysteme beträchtlich verringert werden. [...]

Die Bevorzugung staatlicher Investitionen und Ausgaben in Bereichen, die einen ökologischen Umbau der Wirtschaftssektoren fördern, sind ein wichtiger Teil der Maßnahme. Die Reform teurer und umweltschädlicher Subventionen in allen Sektoren schafft steuerliche Spielräume und setzt Ressourcen für den Übergang zu einer ökologischen Marktwirtschaft frei. Allein durch den Abbau von Subventionen in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Fischerei und Landwirtschaft könnte jährlich ein Betrag eingespart werden, der 1 bis 2 Prozent des weltweiten BIP entspricht. Beispielsweise sind die auf 27 Mrd. US-Dollar pro Jahr geschätzten Fischereisubventionen für die nationalen Volkswirtschaften und das Gemeinwohl eher

schädlich als von Vorteil.

[...] Die ökologische Marktwirtschaft kann mindestens ebenso viel Wachstum und Arbeitsplätze hervorbringen wie das derzeitige Wirtschaftsmodell. Mittel- und langfristig sind die wirtschaftlichen Aussichten noch besser. Gleichzeitig wirkt sie sich sehr viel positiver auf die Umwelt und die Gesellschaft aus. Ein solcher Wandel ist jedoch nicht ohne Risiken und Herausforderungen, angefangen bei der „Ökologisierung“ traditioneller „brauner“ Wirtschaftssektoren bis zu raschen Veränderungen in der Marktnachfrage in einer Welt mit eingeschränktem CO2-Ausstoß. Die Entscheidungsträger dieser Welt, die Zivilgesellschaft und führende Unternehmen sind gemeinsam gefragt, die traditionellen Messgrößen für Wohlstand und Wohlergehen zu überdenken und neu zu definieren. Eines ist klar: Das größte Risiko besteht darin, den Status Quo beizubehalten.“

Quelle:

http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/GER_summary_de.pdf

Redaktion

Sven Harmeling (V.i.S.d.P.), Christoph Bals, Gerold Kier

Herausgeber

Germanwatch e.V.

Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn

Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19

E-mail: info@germanwatch.org

Büro Berlin · Schiffbauerdamm 15 · D-10117 Berlin

Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,

BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:

www.germanwatch.org/kliko

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erstellt. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein Germanwatch verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuschussgeber angesehen werden.



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung